

**Ergebnisprotokoll
über die Sitzung des Akademischen Senats am 1. Februar 2012 (IX/16),
von 14:00 Uhr bis 17:35 Uhr**

Vorsitz: Prof. Dr. Martin Benkenstein

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder:

Prof. Dr. Martin Benkenstein, WSF	
Prof. Dr. Rudolf Guthoff, UMR	
Prof. Dr. Horst Harndorf, MSF	
Prof. Dr. Gabriele Linke, PHF	
Prof. Dr. Wolfgang März, JUF	
Prof. Dr. Klaus-Peter Schmitz, UMR	i. V. für Prof. Dr. Gabriele Nöldge-Schomburg, UMR bis 16:30 Uhr
Prof. Dr. Lienhard Pagel, IEF	
Prof. Dr. Christiane Reitz, PHF	
Prof. Dr. Hendrik Schubert, MNF	
Prof. Dr. Heinrich Stolz, MNF	bis 15:30 Uhr
Sarah Grote, PHF	
Thea Riebe, WSF	
Sarah Sahl, IEF	ab 14:15 Uhr
Merten Siegfried, MNF	
Dr. Barbara Amling, SZ	
Dr. Bernd Karstens, IEF	i. V. für Dr. Arne Schoor, MNF
Dr. Brigitte Müller, PHF	
Dr. Viola von Oeynhausen, MNF	
Ursula Keßler, D 2	

Anwesende beratende Mitglieder:

Prof. Dr. Wolfgang D. Schareck	Rektor
Prof. Dr. Stefan Göbel	Prorektor für Studium, Lehre und Evaluation
Prof. Dr. Ursula van Rienen	Prorektorin für Forschung und Forschungsbildung
PD Dr. Petra Maier	Vizepräsident Konzil
Prof. Dr. Bernhard Lampe	Dekan IEF
Prof. Dr. Egon Hassel	Dekan MSF
Prof. Dr. Udo Kragl	Dekan INF
Prof. Dr. Jörg Benedict	Dekan JUF
Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski	Dekan PHF
Prof. Dr. Martina Kumlehn	Dekanin THF
Prof. Dr. Michael Rauscher	Prodekan WSF
PD Dr. Heidi Reinholz	komm. Gleichstellungsbeauftragte
Prof. Dr. Christoph Perleth	Behindertenbeauftragter
Fabian Nehring	StuRa
Florian Fröhlich	AStA
Prof. Dr. Otto Fiedler	Ehrensensator
Prof. Dr. Gerhard Maeß	Ehrensensator

Tagesordnung

I Regularien

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Ergebnisprotokolls der Sitzung des Akademischen Senats vom 4. Januar 2012 (IX/15)

II Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

- 3 Kenntnisnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur „Physikalische Chemie: Allgemeine Physikalische und Theoretische Chemie“ an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
Bericht: Senatorin Prof. Dr. Linke, Koreferentin
Prof. Dr. Kragl, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: IX/125
- 4 Kenntnisnahme vom Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur „Biologische Meereskunde“ am Leibniz-Institut für Ostseeforschung (Verfahren der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät)
Bericht: Senator Prof. Dr. Harndorf, Koreferent
Prof. Dr. Fennel, Vorsitzender der Berufungskommission
Vorlage: IX/126
- 5 Beschlussfassung zu Anträgen der Fakultäten auf Verleihung der Lehrbefugnis
Bericht: Vorsitzender des Senats
Vorlage: IX/127

I - Fortsetzung Regularien

- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Informationen des Rektorats/Anfragen an das Rektorat
 - Belegungsplan Universitätshauptgebäude/Bolzendahlsches Haus
 - Projekt zur Fortschreibung der Entwicklungsplanung (f. Teilbereiche) der Universität
 - Information zur Aufgabe des Objektes Schröderplatz 3/4Vorlage: IX/124
- 8 Berichte aus der Arbeit der Senatskommissionen
 - Wahl des Vorsitzenden der Auswahlkommission des Akademischen Senats zur Erarbeitung eines Wahlvorschlags für die Neuwahl des Universitätsrats auf Vorschlag der Auswahlkommission

III Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten

- 9 Rechenschaftsbericht der Interdisziplinären Fakultät für das Akademische Jahr 2010/2011
Bericht: Prof. Dr. Kragl, Dekan der INF
Vorlage: IX/133

IV Rechtsangelegenheiten

- 10 Beschlussfassung über die Erste Satzung zur Änderung der Ordnung zur Vergabe von Studienplätzen in den bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen Humanmedizin und Zahnmedizin (Zulassungsordnung – ZuLO)
Bericht: Prof. Dr. Guthoff, UMR
 i. V. für Prof. Dr. Reisinger, Dekan der UMR
Vorlage: IX/128

V Haushaltsangelegenheiten

- 11 Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2012 für das Körperschaftsvermögen und dessen Satzung
Bericht: Kanzler
Vorlage: IX/130

VI Angelegenheiten aus Studium und Lehre

- 12 Beschlussfassung über die Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang der Philosophischen Fakultät inklusive der Fachanhänge
 Beschlussfassung über die Studienordnung für den Bachelorstudiengang der Philosophischen Fakultät inklusive der Fachanhänge
Bericht: Prof. Dr. Wodianka, Prodekanin der PHF
Vorlage: IX/131
- 13 Beschlussfassung über die Erste Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Altertumswissenschaften an der Philosophischen Fakultät
 Beschlussfassung über die Erste Satzung zur Änderung der Studienordnung für den Masterstudiengang Altertumswissenschaften an der Philosophischen Fakultät
Bericht: Prof. Dr. Bernard, PHF
Vorlage: IX/132

VII Strukturangelegenheiten

- 14 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur „Molekulare Psychiatrie“ an der Universitätsmedizin Rostock
Bericht: Prof. Dr. Guthoff, UMR
 i. V. für Prof. Dr. Reisinger, Dekan der UMR
Vorlage: IX/129
- 15 Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W1-Juniorprofessur „Inklusionspädagogik“ an der Philosophischen Fakultät
Bericht: Prof. Dr. von Wensierski, Dekan der PHF
Vorlage: IX/134

VIII Informationen

Der Vorsitzende des Senats begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste sowie die Ehrensenatoren Prof. Dr. Fiedler und Prof. Dr. Maeß. Besonders begrüßte er die kommissarische Gleichstellungsbeauftragte PD Dr. Heidi Reinholz.

Der Vorsitzende kündigte an, dass die Umlage für die Pausenversorgung in Höhe von 12,- Euro in der Sitzung am 7. März 2012 eingesammelt wird.

Mit Blick auf die letzte Senatssitzung forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, für die Diskussion grundlegender Probleme eine Senatsvorlage zu erarbeiten, damit sich sämtliche Mitglieder auf die Diskussion vorbereiten können. Grundlegende Probleme können unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen an das Rektorat“ nur andiskutiert werden. Sollte sich dennoch in der Sitzung eine komplexere Anfrage ergeben, wird diese nach maximal 10-minütiger Diskussion mit der Bitte um Erarbeitung einer Vorlage bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Zudem betonte der Vorsitzende, dass es einer Missachtung des Gremiums gleichkomme, wenn ohne vorherige Debatte im Senat mit der Veröffentlichung von kritischen Themen in den Medien gedroht wird.

I Regularien

zu 1

Der Senat war mit 18, 19, 18 resp. 17 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

Der Senat bestätigte gemäß § 7 Absatz 5 Satz 4 der Geschäftsordnung die endgültige Tagesordnung.

zu 2

Das Ergebnisprotokoll der Sitzung des Akademischen Senats vom 4. Januar 2012 (IX/15) wurde von den Mitgliedern des Akademischen Senats mit einer Stimmenthaltung genehmigt.

II Personalangelegenheiten (nicht öffentlicher Sitzungsteil)

Mit Zustimmung des Senats wird Dr. Nina Gaßmann, Leiterin der Stabsstelle Berufungen, Personal und Organisationsentwicklung, grundsätzlich als Sachverständige zum nicht öffentlichen Sitzungsteil zugelassen.

zu 4

Senator Prof. Dr. Harndorf berichtete als Koreferent über den Berufungsvorschlag für die Besetzung der W3-Professur „Biologische Meereskunde“ am Leibniz-Institut für Ostseeforschung (Verfahren der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät). Das erste Verfahren war im Ergebnis nicht erfolgreich, so dass eine zweite Ausschreibung erfolgte. Prof. Dr. Harndorf bezeichnete das Verfahren als ordnungsgemäß und nachvollziehbar. Nachfragen zu einer eventuellen Hausberufung bei Listenplatz 2 und zum externen Mitglied der Berufungskommission wurden von Prof. Dr. Fennel, Vorsitzender der Berufungskommission, und dem Rektor abschließend beantwortet.

Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 3

Als Koreferentin informierte Senatorin Prof. Dr. Linke über den Berufungsvorschlag für die Besetzung W3-Professur „Physikalische Chemie: Allgemeine Physikalische und Theoretische Chemie“ an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. In diesem Berufungsverfahren wurde in Abstimmung mit dem Bildungsministerium auf eine Ausschreibung verzichtet, da diese Stelle als Bestandteil von Bleibeverhandlungen genutzt werden sollte. Prof. Dr. Linke betonte, dass die Gutachter den Kandidaten außerordentlich positiv bewerteten. Prof. Dr. Linke hatte lediglich formale Beanstandungen hinsichtlich des Protokolls der Bleibeverhandlungen, eines Protokolls der Sitzung der Berufungskommission und der Darstellung der Anwesenheit bei der Abstimmung. Prof. Dr. Kragl, Vorsitzender der Berufungskommission, sicherte hier Korrekturen zu.

Der Kanzler erläuterte ausführlich das Zustandekommen dieses ungewöhnlichen Verfahrens.
Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 5

Per Akklamation stimmte der Senat für die Anträge der Universitätsmedizin Rostock auf Verleihung der Lehrbefugnis (venia legendi) gemäß § 72 Absatz 1 Satz 1 des Landeshochschulgesetzes M-V:

Fakultät	Name	Fachgebiet
Universitätsmedizin Rostock	Dr. med. habil. Ibrahim Akim	Experimentelle Kardiologie
Universitätsmedizin Rostock	Dr. med. habil. Peter Julius	Innere Medizin (Pneumologie)
Universitätsmedizin Rostock	Dr. med. habil. Ekkehardt Kumbier	Psychiatrie
Universitätsmedizin Rostock	Dr. med. habil. Stephan Kische	Experimentelle Kardiologie

Beschlusnummer: 108 (IX/127)
Abstimmungsergebnis: 19/0/0

I Regularien - Fortsetzung

zu 6

Der Vorsitzende berichtete, dass das Konzil in seiner Sitzung am 18. Januar 2012 die Wahlordnung mit einer redaktionellen Änderung in § 48 Absatz 3 Satz 5 und vorbehaltlich der diesbezüglichen Zustimmung des Senats beschlossen hat.

Die Mitglieder des Senats stimmten der Änderung zu. § 48 Absatz 3 Satz 5 der Wahlordnung wird wie folgt gefasst:

„Die/der Vorsitzende des Konzils übernimmt den Vorsitz der Kommission und unterbreitet im Einvernehmen mit der Rektorin/dem Rektor einen Vorschlag für die Zusammensetzung.“

Beschlusnummer: 109 (IX)
Abstimmungsergebnis: 19/0/0

Die Wahlordnung ist entsprechend anzupassen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden zur Kooptierung weiterer Mitglieder in die Berufungskommission für die W3-Professur „Genetik“ an der UMR entgegnete der Rektor, dass das Verfahren gestoppt wurde. Die Rechtsformänderung der Universitätsmedizin begründete neue Überlegungen, wie mit der Professur verfahren wird.

zu 7

Allgemeine Informationen des Rektorats sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Daneben berichtete der Rektor:

- Der Auftakt zum „QualitätsDialog“ am 25. Januar 2012 war eine sehr gelungene Veranstaltung. Der Rektor dankte dem Prorektor für Studium, Lehre und Evaluation für die hervorragende Arbeit rund um das Projekt.
- Im Januar 2012 wurde das Arno-Esch-Hörsaalgebäude beschädigt. Die Fahndung nach den Tätern läuft.
- Prorektorin Prof. Dr. van Rienen nimmt heute das Preisgeld in Höhe von 100.000 Euro der Hochschulinitiative „Neue Bundesländer“ für das Konzept „Oben ankommen mit der Universität Rostock - Integrierte Studien- und Berufsbegleitung als erfolgreiches Instrument für die Erreichung individueller Karriereziele“ entgegen.

- Das Bildungsministerium hat vorab telefonisch mitgeteilt, dass es das Mediationsverfahren der Juristischen Fakultät mit dem Land ablehnt. Das Rektorat wird zu der Thematik in der kommenden Senatssitzung ausführlicher informieren.
- Am 5. Februar 2012 um 17:00 Uhr findet das Benefizkonzert des Freien StudentenOrchesters Rostock e. V. zusammen mit dem Chor Celebrate in der Nikolaikirche statt. Die Spenden kommen dem Kinder- und ambulanten Hospizdienst der Caritas Rostock zu Gute.

Zur vorab eingereichten Anfrage der stud. Senatorin Riebe erklärte der Rektor, dass Vertragsinhalte zu Drittmitteln grundsätzlich nicht öffentlich sind. Die Universität würde Vertragsbruch begehen. Drittmittelprojekte unterliegen zudem nicht der Zustimmungspflicht des Rektorats. Selbstverständlich richtet sich die Universität auch bei Drittmittelprojekten nach dem in der Grundordnung festgeschriebenen Leitbild. Der Rektor überreichte anschließend die schriftlichen Ausführungen zu der Anfrage an die studentische Senatorin.

Auf Nachfrage erklärte der Kanzler, dass die verwaltungsrechtliche Untersetzung für die mögliche zusätzliche Einstellung von 1% des Personals, wenn Rücklagen zur Finanzierung dieser Stellen für ein Jahr nachgewiesen werden können, noch aussteht. Beim Bericht über die Finanzsituation im Senat am 4. April 2012 können genaue Aussagen über die gebildeten Rücklagen getroffen.

Der Rektor erläuterte kurz die Unterlagen zur aktuellen Raumentwicklungsplanung und berichtete von einem konstruktiv verlaufenen Gespräch mit dem Dekan der PHF Prof. Dr. von Wensierski. Auf Nachfrage von Senator Prof. Dr. März erklärte der Rektor, dass die beteiligten Fakultäten gleichermaßen in die Planungen einbezogen werden, der Planungstand ist jedoch unterschiedlich weit fortgeschritten. Prof. Dr. von Wensierski erkundigte sich nach konkreten Planungen für die Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland. Der Rektor berichtete, dass hier die Idee entstanden ist, die Dokumentationsstelle in eine Gedenkstättenstiftung zu überführen. Vom Land bzw. vom Bildungsministerium gibt es jedoch noch keine Rückäußerung. Die Finanzierung würde dann jeweils zur Hälfte vom Land und vom Bund übernommen. Zur Frage nach dem Umzug des Akademischen Auslandsamt in die Parkstraße 6 erwidert der Rektor, dass es geplant ist, das Gebäude langfristig für ein „Student Service Center“ und ein „Welcome Center“ zu nutzen. Stud. Senatorin Grote fragte an, inwieweit die Fachschaftsräte bei der Raumplanung einbezogen werden/wurden. Prof. Dr. Wensierski versicherte, dass die Bedarfe der Fachschaft bei der Begehung mit dem Projektmanagement der HIS GmbH angemeldet werden. Nach der Einbeziehung des Archivs und der Bibliothek in die Bedarfsermittlung befragt, erklärte Herr Zepf, Direktor der Universitätsbibliothek, dass die Bibliotheken gemeinsam mit den Fakultäten Bedarfe anmelden. Auch das Universitätsarchiv mit der Kustodie sollen in der Flächenbedarfsplanung berücksichtigt werden.

zu 8

Die Senatskommission Forschung, Wissenschaftstransfer und wissenschaftlicher Nachwuchs hat das Konzept zum Forschungscamp fertiggestellt und an das Rektorat übergeben.

Die Senatskommission Haushalt, Personal, Bau hat den Haushaltsplan 2012 für das Körperchaftsvermögen und dessen Satzung beraten. Zudem hat die Kommission einen Vorschlag zum Universitätsentwicklungsplan auch im Hinblick auf die Verbesserung der Kommunikation ausgearbeitet, der nach Bestätigung des Protokolls an die Senatskommission Strukturfragen geschickt wird.

Die Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation hat sich mit der sehr gut aufbereiteten Änderungssatzung zur Zulassungsordnung und mit der Prüfungs- und der Studienordnung für den Bachelorstudiengang der Philosophischen Fakultät befasst und diese zur Beschlussfassung durch den Senat empfohlen. Zudem hat die Kommission die Änderungssatzungen für die Prüfungs- und die Studienordnung für den Masterstudiengang Altertumswissenschaften beraten. Diese wurden von der Kommission nicht empfohlen, aufgrund der Eilbedürftigkeit jedoch an den Senat weitergeleitet. Zur Rahmenprüfungsordnung fehlen noch die Rückmeldungen einiger Fakultäten. Die Rah-

menprüfungsordnung wird in einer gemeinsamen Sitzung mit der Senatskommission Strukturfragen erörtert.

Die Senatskommission Strukturfragen empfiehlt, kritische Punkte zur Rahmenprüfungsordnung mit den Studierenden vor der Beschlussfassung im Senat eingehend zu analysieren und zu bereinigen. In der nächsten Sitzung wird sich die Kommission mit der Satzung der Universitätsmedizin befassen.

Abschließend wurde Senator Prof. Dr. Guthoff als Vorsitzender der Auswahlkommission zur Erarbeitung eines Wahlvorschlags für die Neuwahl des Universitätsrats auf Vorschlag der Kommission vom Senat gewählt.

Beschlusnummer: 110 (IX)
Abstimmungsergebnis: 18/0/1

III Allgemeine hochschulpolitische Angelegenheiten

zu 9

Mittels Power-Point-Präsentation legte der Dekan der INF Prof. Dr. Kragl den Rechenschaftsbericht der Interdisziplinären Fakultät für das Akademische Jahr 2010/2011 vor.

Auf Nachfrage verdeutlichte Prof. Dr. Kragl, dass die Publikationen und Drittmittel grundsätzlich der entsprechenden Fakultät zuzuordnen sind. Die INF präsentiert die Summe dann außen. Die Zahlen sollen nicht als internes Steuerungsinstrument verwendet werden.

Zur Frage nach der Stipendienvergabe erklärte Prof. Dr. Kragl, dass die Departments hierüber selbst entscheiden. Derzeit ist die Thematik jedoch nicht relevant, da die Gelder bereits verplant sind. Ehrensensator Maeß regte an, genau aufzuzeigen, was durch die INF als übergeordnete Einrichtung entstanden ist. Prof. Dr. Kragl erwiderte, dass das leider nicht messbar ist. Senator Prof. Dr. Schubert empfahl, den internen Informationsfluss in der INF zu verbessern.

VI Angelegenheiten aus Studium und Lehre

zu 13

Da die Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation die Beschlussfassung über Änderungssatzungen der Prüfungs- und der Studienordnung für den Masterstudiengang Altertumswissenschaften an der Philosophischen Fakultät nicht empfohlen hat, erbat der Vorsitzende bereits an dieser Stelle eine Aussprache, ob der Tagesordnungspunkt beibehalten werden soll.

Prorektor Prof. Dr. Göbel begründete die Eilbedürftigkeit damit, dass der jetzige Jahrgang die Chance erhalten soll, nach der neuen Regelung den Abschluss zu machen. Der Vorsitzende sah in dieser Regelung jedoch einen Vorgriff auf die Rahmenprüfungsordnung. Prof. Dr. Bernard, Institutsdirektor, erklärte, dass die Sprachkenntnisse zwar vorhanden sein müssen, die Qualität der Kenntnisse für das Masterstudium jedoch unerheblich sind. Zudem sollen die Studierenden dieses Studiengangs nicht schlechter gestellt werden. Senatorin Prof. Dr. Reitz bekräftigte diese Ausführungen.

Prof. Dr. Schubert skizzierte kurz die Diskussion in der Senatskommission. Hier wurde eine Nivellierung nach unten und damit ein Qualitätsverlust befürchtet, wenn die Noten für die entsprechenden Module nicht in die Gesamtnote eingehen. Das Fach sollte daher eine Übersicht erstellen, aus der hervorgeht, ob andere Masterstudiengänge der Altertumswissenschaften im Bundesgebiet ebenfalls auf die Benotung der Module für die Altsprachen verzichten. Mit der Tischvorlage wird jedoch deutlich, dass nur ein Teil der Universitäten im Bundesgebiet eine derartige Regelung verwendet. Prof. Dr. Göbel erklärte hierzu, dass die Kultusministerkonferenz die Möglichkeit von nicht benoteten Modulen erst seit 2010 eröffnet hat. Daher konnten viele Universitäten diese Regelung noch nicht umsetzen. Er wies aber darauf hin, dass mit dieser Regelung die Diskussion zur Rahmenprüfungsordnung eingeschränkt werden könnte.

Nach der intensiv geführten Diskussion befürwortete der Senat den Verbleib des Punktes auf der Tagesordnung:

Beschlusnummer: 111 (IX/132)
Abstimmungsergebnis: 8/7/3

IV Rechtsangelegenheiten

zu 10

Prof. Dr. Schubert berichtete, dass die Beschlussfassung über die Erste Satzung zur Änderung der Ordnung zur Vergabe von Studienplätzen in den bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen Humanmedizin und Zahnmedizin von der Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation empfohlen wurde.

Prof. Dr. Guthoff erläuterte, dass mit der Änderungssatzung im Zulassungsverfahren nur noch Bewerber berücksichtigt werden, die bei der Wahl der Ortspräferenz die Universität Rostock an erster Stelle angegeben haben. Stud. Senator Siegfried befürchtete einen Verlust an guten Studienanfängern, da durch diese Regelung gute Bewerber mit Ortspräferenz 2 oder 3 keine Berücksichtigung finden. Zudem hielt er es für problematisch, dass die Bewerber alles auf eine Karte setzen müssen. Prof. Dr. Guthoff erklärte ausführlich das bisherige Verfahren. Das zusätzliche Zulassungskriterium der Auswahlgespräche ermöglicht es, eine hervorragende Auswahl zu treffen. Da die Bewerber mit der Ortspräferenz 2 oder 3 für Rostock bei Zulassung automatisch den Studienplatz an der Universität mit der höchsten Ortspräferenz erhalten, entfielen diese Bewerber aus der Rangliste der Fakultät. Das Ziel der Auswahlgespräche wurde somit nicht vollständig erreicht. Das langwierige Nachrückverfahren musste in Gang gesetzt werden. Für beide Seiten war dies eine nicht zufriedenstellende Situation. Mit der neuen Regelung kann dem entgegen gewirkt werden. Das zusätzliche Zulassungskriterium der gewichteten Einzelnoten bleibt natürlich bestehen, so dass eine sehr gute Bewerberauswahl getroffen werden kann. Zudem verfahren die umliegenden Universitäten ebenso.

Zur Frage nach der Einbindung des Fachschaftsrates Medizin konnte keine Aussage getroffen werden.

Abschließend beschloss der Senat die Erste Satzung zur Änderung der Ordnung zur Vergabe von Studienplätzen in den bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen Humanmedizin und Zahnmedizin (Zulassungsordnung – ZulO).

Beschlusnummer: 112 (IX/128)
Abstimmungsergebnis: 15/1/1

V Haushaltsangelegenheiten

zu 11

Der Kanzler erläuterte den Plan des Körperschaftshaushalts 2012. Beim Allgemeinen Stiftungsvermögen wurde zusätzlich eine Ausgabe von 25.000 EUR geplant. Diese Summe soll vorsorglich als Gründungskapital für die geplante Universitäts-GmbH vorgehalten werden.

Beispielsweise könnten befristet Beschäftigte, die leider nicht an der Universität weiterbeschäftigt werden können, in die GmbH überführt werden. Das bedeutet nicht, dass bestehende Arbeitsplätze der Universität ausgelagert werden. Es muss geprüft werden, ob die Universität unter rechtlichen und ökonomischen Gesichtspunkten diese GmbH gründen kann. Er betonte, dass die Universität Hamburg mit ihrer GmbH gute Erfahrungen gemacht hat. Die Universität muss sich aber auch der Gefahren bewusst sein. Senator Prof. Dr. Schubert äußerte sein Unverständnis über die Eilbedürftigkeit. Der Kanzler erwiderte, dass zumindest die Möglichkeit vorab eröffnet werden soll. Zudem hat das Rektorat sich hier ehrgeizige Ziele gesetzt. Aus den Reihen der Dekaninnen/Dekane wurde die Gründung der GmbH begrüßt. Die IEF zeigte sich interessiert, an der Er-

stellung des Konzepts mitzuarbeiten. Senatorin Dr. von Oeynhausen befürwortete ebenfalls eine Uni-GmbH. Sie betonte, dass in diesem Zusammenhang die Frage nach der Gründung einer Stiftung gestellt werden sollte. Auch die Senatskommission Strukturfragen möchte sich gern an der Diskussion zur Uni-GmbH beteiligen.

Die Mitglieder des Senats beschlossen den Plan des Körperschaftshaushaltes 2012 und die dazugehörige Haushaltssatzung des Körperschaftshaushaltes 2012 der Universität Rostock.

Beschlusnummer: 113 (IX/130)
Abstimmungsergebnis: 16/0/1

VI Angelegenheiten aus Studium und Lehre - Fortsetzung

zu 12

Die Prüfungs- und die Studienordnung für den Bachelorstudiengang der Philosophischen Fakultät inklusive der Fachanhänge wird von der Senatskommission Studium, Lehre und Evaluation zur Beschlussfassung empfohlen. Der Dekan der PHF Prof. Dr. von Wensierski erläuterte, dass die Ordnungen bereits im Oktober 2011 vom Senat beschlossen wurden. Da zu diesem Zeitpunkt drei Institute nicht besetzt waren, konnten die entsprechenden Fachanhänge nicht erstellt werden. Die Fachanhänge werden nun nachgereicht. Die entsprechende Akkreditierung ist bereits erfolgt. Der Beschluss des Senats wird somit nachgeholt. Prof. Dr. Wodianka, Prodekanin der PHF, erklärte die Änderungen zur vom Senat beschlossenen Fassung. Die Übergangsregelungen wurden überarbeitet, die Prüfungsleistungen für die Teilstudiengänge Französisch und Spanisch wurden konkretisiert und der Teilstudiengang Kommunikations- und Medienwissenschaften überarbeitet. Die Änderungen sind mit den Fachschaften abgestimmt.

Stud. Senatorin Riebe bemängelte eine inhaltliche Inkonsistenz in § 7 der Studienordnung, die von Prof. Dr. Wodianka erläutert wurde. Prof. Dr. Perleth, Behindertenbeauftragter, sah ein Problem in den starren Modulabläufen und fragte nach Möglichkeiten für individuelle Prüfungs- und Studienpläne für Behinderte, chronisch Kranke und mit der Pflege von Angehörigen betraute Personen. Da diese Frage nicht hinreichend geklärt werden konnte, beauftragte Prorektor Prof. Dr. Göbel das Justitiariat, zu prüfen, ob individuelle Prüfungs- und Studienpläne durch Beschlüsse der Prüfungsausschüsse ermöglicht werden können.

Anschließend wurde die Prüfungsordnung für den Bachelorstudiengang der Philosophischen Fakultät inklusive der Fachanhänge vom Senat gemäß §11 Absatz 8 der Geschäftsordnung des Senats abgelehnt. Die Prüfungsordnung wird in einer zweiten Lesung in der kommenden Senatssitzung abschließend beraten.

Beschlusnummer: 114 (IX/131)
Abstimmungsergebnis: 13/1*/3**

* davon eine von vier anwesenden stimmberechtigten Studierenden

** davon drei von vier anwesenden stimmberechtigten Studierenden

Die Mitglieder des Senats beschlossen die Studienordnung für den Bachelorstudiengang der Philosophischen Fakultät inklusive der Fachanhänge.

Beschlusnummer: 115 (IX/131)
Abstimmungsergebnis: 14*/0/3**

* davon eine von vier anwesenden stimmberechtigten Studierenden

** davon drei von vier anwesenden stimmberechtigten Studierenden

zu 13 - Fortsetzung

Prof. Dr. Bernard verdeutlichte noch einmal seinen Standpunkt und erklärte, dass durch die geplante Regelung das Niveau der Ausbildung und der Studierenden nicht beeinträchtigt wird. Prof. Dr. Rauscher, Prodekan der WSF, berichtete von ähnlichen Regelungen in anderen Fächern und pflichtete Prof. Dr. Bernard bei. Dr. Karstens befürwortete hingegen eine generelle Regelung in der Rahmenprüfungsordnung und keinen Vorgriff auf dieselbe. Senator Prof. Dr. Schubert verdeutlichte, dass die jetzige Lösung unverständlich ist. Ein Verzicht auf die Benotung der Module wäre konsequenter gewesen. Er befürchtete ebenfalls einen Präzedenzfall für die Rahmenprüfungsordnung zu schaffen. Prof. Dr. Bernard lenkte an dieser Stelle ein und erklärte, dass ein Verzicht auf die Benotung auch denkbar wäre.

Im Ergebnis der Debatte wurde die vom Vorsitzenden beantragte Änderung: **„Die in Rede stehenden Module aus den Wahlbereichen Sprachkenntnisse werden nicht benotet und nur als bestanden im Masterzeugnis ausgewiesen.“** angenommen.

Beschlusnummer: 116 (IX/132)
Abstimmungsergebnis: 13/1/3

Die Mitglieder des Senats beschlossen unter Berücksichtigung der zuvor gemachten Änderung die Erste Satzung zur Änderung der Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Altertumswissenschaften an der Philosophischen Fakultät.

Beschlusnummer: 117 (IX/132)
Abstimmungsergebnis: 16/1/0

Auch die Erste Satzung zur Änderung der Studienordnung für den Masterstudiengang Altertumswissenschaften an der Philosophischen Fakultät unter Berücksichtigung der zuvor gemachten Änderung fand die Zustimmung des Senats.

Beschlusnummer: 118 (IX/132)
Abstimmungsergebnis: 17/0/0

VII Strukturangelegenheiten

zu 14

In Vertretung für den Dekan der Universitätsmedizin Rostock informierte Prof. Dr. Guthoff über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W2-Professur „Molekulare Psychiatrie“ an der Universitätsmedizin Rostock. Aussprachebedarf seitens des Senats gab es nicht. Der Senat nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

zu 15

Der Dekan der PHF Prof. Dr. von Wensierski berichtete über die Einleitung des Berufungsverfahrens für die Besetzung der W1-Juniorprofessur „Inklusionspädagogik“ an der Philosophischen Fakultät. Die Fakultät wurde kurzfristig mit dieser Thematik konfrontiert. Sie begrüßt die Intention hierzu jedoch außerordentlich. Die Frage, ob die Stelleninhaberin/der Stelleninhaber im Rahmen von Habilitationsverfahren als Gutachter tätig sein darf, wurde vom Dekan verneint.

Der Senat nahm die Ausführungen unter den Vorbehalten, dass der Fakultätsrat dem Antrag ebenfalls zustimmt, die finanzielle und stellentechnische Absicherung seitens des Bildungsministeriums erfolgt und die Rechtsauffassung der Universität Rostock hinsichtlich der Auslegung § 58 Absatz 3 Satz 1 des Landeshochschulgesetzes vom Bildungsministerium ebenfalls geteilt wird (andernfalls ist der Ausschreibungstext anzupassen) zur Kenntnis. Einwände wurden nicht erhoben.

VIII Informationen

Es gab keine weiteren Informationen.

bestätigt:

Prof. Dr. Martin Benkenstein
Vorsitzender des Akademischen Senats

Protokoll:

Wenke Friske-Saß
Referat 1.2

Weitere Information des Rektorats an den Akademischen Senat

- Senatssitzung am 1.2.2012 –

• Landesrektorenkonferenz am 11.1.2012

Die Landesrektorenkonferenz Mecklenburg-Vorpommerns (LRK-MV) tagte erstmals unter Vorsitz von Rektor Prof. Dr. Wolfgang Schareck an der Universität Rostock. Schareck hat das Amt des Vorsitzenden der LRK seit Mitte 2011 inne und wurde für zwei Jahre gewählt. An dem Treffen nahm auch der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Mathias Brodtkorb, teil.

Folgende Themen wurden auf der Landesrektorenkonferenz diskutiert:

1. Gespräch mit den Gästen aus dem Bildungsministerium
 - Anpassungsmechanismus des Hochschulkorridors
Der Minister strebt in den Verhandlungen mit dem Finanzministerium an, formelgebunden eine Erhöhung des jährlichen finanziellen Zuwachses über die jetzt gültigen 1,5% zu ermöglichen
 - Stellenflexibilisierung
Ab Mitte 2012 sollen die Hochschulen die Möglichkeit erhalten, nach Zustimmung durch das Bildungsministerium 1% des Personals (mindestens 2 Stellen pro Hochschule) zusätzlich unbefristet einzustellen, wenn Rücklagen zur Finanzierung dieser Stellen für ein Jahr nachgewiesen werden können.
 - Forschungsförderung
Minister Brodtkorb strebt an, die Mittel für die Forschungsförderung mit Hilfe europäischer Fördermittel um mindestens 50% zu erhöhen.
 - Hochschulbau
Der Minister hat mit dem Finanzministerium eine Einigung herbeigeführt, die Mittel für den Hochschulbau bis 2020 um mindestens 100 Mio. € für alle Hochschulen in MV einschließlich der Universitätsklinika zu erhöhen.
2. Dialogorientiertes Serviceverfahren (DoSV)
Auf der Sitzung des Stiftungsrates für Hochschulzulassung, Nachfolgeorganisation der ehemaligen ZVS, war am 15.12.2011 entschieden worden, dass das DoSV, mit dem die Vergabe der Numerusclausus-Studienplätze über eine gemeinsame Web-Plattform koordiniert werden soll, zum Wintersemester 2012/13 nur mit einem Pilotbetrieb starten soll. Ein vollständiges Erreichen der mit dem DoSV angestrebten Effekte kann somit für das Wintersemester 2012/13 nicht gewährleistet werden.
3. Prüfung der Zielverfahren durch den Landesrechnungshof (LRH)
Zum 13.01.2012 sind die Rektoren in das Bildungsministerium eingeladen worden, wo sie über das Vorhaben des LRH informiert werden sollen, die letzten Zielvereinbarungen bezüglich der Kriterien und deren Messbarkeit überprüfen zu wollen.
4. Hochschuldidaktik
Die Rostocker Zielvereinbarung enthält die Forderung, ein Hochschuldidaktisches Zentrum für die Hochschulen des Landes aufzubauen. Weil der Verbundantrag der Hochschulen des Landes zur „Professionalisierung des Lehrpersonals: Lehren und Lernen kooperativ gestalten“ nicht erfolg-

reich war, werden die Prorektoren für Studium und Lehre in einer Beratung am 7.2.2012 Vorschläge zum weiteren Vorgehen in Sachen Hochschuldidaktik erarbeiten.

weitere Informationen: [Pressemitteilung vom 12.1.2012](#)

- **Festveranstaltung der Fakultäten zur Übergabe der Promotions- und Habilitationsurkunden am 13.1.2012**

Am 13. Januar 2012 wurden an der Universität Rostock im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung in der Universitätskirche die Promotions- und Habilitationsurkunden übergeben. 123 Promovendinnen und Promovenden und fünf Habilitandinnen und Habilitanden nahmen ihre Urkunden entgegen, die ihren Abschluss im letzten halben Jahr erworben hatten. Der Frauenanteil an den Promotionen ist an der Universität Rostock erfreulich hoch. Im vergangenen Halbjahr erwarben 60 Frauen und 63 Männer den Doktorgrad. Die meisten Promotionen entfallen auf die Fakultäten Medizin (49), Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät (30) und die Fakultät für Informatik und Elektrotechnik (14). Mit vier Habilitationen liegt auch hier die Medizinische Fakultät an der Spitze.

weitere Informationen: [Pressemitteilung vom 13.1.2012](#)

- **Universität Rostock / Studentischer Prorektor**

Das Amt des Studentischen Prorektors ist als Modellfall an deutschen Hochschulen bisher ohne Vorbild. Aufgrund der Neuartigkeit dieses Amtes sind rechtliche Fragen aufgetreten, die einer Klärung bedürfen.

Die Universitätsleitung ist – ebenso wie die bisherigen Amtsinhaber – der Auffassung, dass das Amt des Studentischen Prorektors ein Ehrenamt ist. Der gegenwärtige Studentische Prorektor ist der Auffassung, dass ein Arbeitsverhältnis vorliegt. Diese Frage wird jetzt gerichtlich geklärt. Mit einer Gerichtsentscheidung ist nicht vor Mitte März 2012 zu rechnen.

Unabhängig von den unterschiedlichen Rechtsauffassungen bewertet die Universitätsleitung die Tätigkeit der Studentischen Prorektoren mit Respekt und großer Wertschätzung und befürwortet nach wie vor eine studentische Mitwirkung in der Hochschulleitung. Deren Ausgestaltung müssen die Gremien der Universität nach Klärung der aufgetretenen rechtlichen Fragen unter Umständen neu diskutieren.

- **Internationalisierung**

Der Rektor hat Frau PD Dr. Eichler-Löbermann (AUF) zur Beauftragten des Rektors für Internationalisierung ernannt.

Die neue Leiterin des Akademischen Auslandsamtes, Frau Möbius, wird ihre Tätigkeit zum 15.2.2012 aufnehmen.

Das nächste Planungstreffen mit Vertretern der HRK im Rahmen des Audit „Internationalisierung der Hochschulen“ findet am 23.2.2012 statt.

- **Gleichstellungsbeauftragte**

Die Gleichstellungsbeauftragte der Universität Rostock, Frau Dr. Raffel, wird zum 31.1.2012 vom Amt der Gleichstellungsbeauftragten zurücktreten, um ihre Dissertation fertig zu stellen.

Das Personaldezernat wurde beauftragt, die Neuwahl der Gleichstellungsbeauftragten organisatorisch zu unterstützen.

- **Parkplatzsituation in der Schwaanschen Straße**

Die durch die Verwaltung angekündigte Absicht, die Parkplatzordnung auf dem Parkplatz in der Schwaanschen Straße konsequenter umzusetzen, hat leider in den letzten Wochen zu einigen Irritationen geführt.

Kritische Hinweise zum Vergabesystem der Parkberechtigungen sowie zur Kommunikation bezüglich der Handhabung von Sanktionsmaßnahmen werden nun zum Anlass genommen, das mit dem Gesamtpersonalrat abgestimmte Parkkonzept aus dem Jahr 2004 einer grundlegenden Prüfung zu unterziehen und neu auszugestalten. Zielstellung ist es, eine neue Parkplatzordnung im Rahmen eines transparenten und dialogorientierten Verfahrens gleichzeitig neu zu fassen und mit dem Bezug des Universitätshauptgebäudes Ende 2012 bzw. Anfang 2013 in Kraft treten zu lassen.

Gemeinsam mit dem Gesamtpersonalrat und der Senatskommission für Haushalt, Personal und Bau wird es in diesem Abstimmungsprozess um den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen gehen. Ungeachtet dessen muss das widerrechtliche Parken auf Feuerwehrezufahrten und Feuerwehraufstellflächen geahndet werden. Nur durch das Freihalten von Brandschutz- und Rettungswegen kann die Sicherheit der Beschäftigten fortwährend gewährleistet werden.